

DEBATTENPAPIER

DIE ZEIT DER UMSETZUNG IST JETZT!



2. DEUTSCHER
KLIMATAG

→ Berlin, 27. Sep 2023

#ZeitderUmsetzung

DIE ZEIT DER UMSETZUNG IST JETZT!

Wir haben so viel zu gewinnen: Lebenswerte Orte, bessere Luft und eine faire Verteilung von Wohlstand sind nur drei Beispiele für das gesunde, sichere und gerechte Leben, das wir schaffen können, wenn wir die Klimakrise bekämpfen.

Die Klimakrise ist kein abstraktes Szenario mehr, sondern längst Realität. Verheerende Waldbrände von Griechenland bis Hawaii, die schrecklichen Überschwemmungen in Libyen und Slowenien und unerträgliche Rekordtemperaturen in Pakistan und Indien zeigen, wie dringend wir aus der fossilen Energienutzung aussteigen müssen. Noch haben wir es in der Hand, den Zusammenbruch unseres Klimasystems mit unbeherrschbaren Folgen für Mensch und Natur abzuwenden. Voraussetzung dafür ist eine schnelle Reduktion der Treibhausgasemissionen bis Ende dieses Jahrzehnts. Die wissenschaftlichen Fakten sind bekannt. Die technischen Lösungen liegen genauso auf dem Tisch wie politische Konzepte und soziale Ausgleichsmechanismen. Jetzt ist die Zeit der Umsetzung!

Zwei Jahre nach der Bundestagswahl hat die Ampelkoalition schon einiges in Bewegung gebracht. Insbesondere im Bereich Solar- und Windenergie sind große Ausbauhemmnisse endlich aus dem Weg geräumt. Dennoch bleiben die Herausforderungen groß: Es fehlt ein schlüssiges Gesamtkonzept, um die gesetzlich vereinbarten Klimaziele bis 2030 noch einhalten zu können. Insbesondere im Verkehrs- und Gebäudesektor gibt es großen Nachholbedarf, hier sind weitere Anstrengungen der Bundesregierung dringend erforderlich.

Weitere Verzögerungen beim Klimaschutz können wir uns nicht leisten. Je länger wirkungsvolle Maßnahmen verzögert werden, desto ambitionierter müssen die Einsparungen in der Zukunft ausfallen und desto teurer und schwerer wird es, die Klimaschutzziele noch zu erreichen. Künftige Generationen haben ein Recht darauf, eine lebenswerte Welt vorzufinden.

DIE ZEIT FÜR AMBITIONIERTEN UND SOZIALGERECHTEN KLIMASCHUTZ IST JETZT!

Als größtes Bündnis für den Klimaschutz fordern wir die Bundesregierung auf: Nutzen Sie die nächsten zwei Jahre, um die Grundlage zur Einhaltung der Klimaziele bis 2030 zu legen. Dazu gehört:

1. Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen

Die Klimakrise ist eine historisch beispiellose und gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Klimaschutz darf deswegen nicht im parteipolitischen Klein-Klein steckenbleiben. Alle gewählten Politiker*innen sind gefragt, sich dieser staatstragenden Aufgabe zu stellen und in einem konstruktiven Dialog mit den Bürger*innen den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten.

2. Klimaschutz sozial gerecht gestalten: Klimageld einführen

Klimapolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie bestehende soziale Ungleichheiten berücksichtigt, die soziale Sicherung stärkt und Partizipationsmöglichkeit schafft. Das Klimageld ist ein wichtiger Eckpfeiler einer sozial gerechten Klimapolitik. Nur in Kombination mit einem Klimageld kann der CO₂-Preis zu einem effektiven und sozial gerechten Instrument weiterentwickelt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines Klimagelds nicht weiter aufzuschieben und noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

3. Für mehr Verbindlichkeit in der Klimapolitik: Klimaschutzgesetz stärken statt schwächen!

Ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz ist die rechtliche Grundlage für erfolgreichen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit. Mit der geplanten Abschwächung des Klimaschutzgesetzes gefährdet die Bundesregierung Deutschlands klimapolitische Glaubwürdigkeit in Europa und weltweit. Die politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt verfassungsrechtlich gebotene Transformation hin zur Treibhausgasneutralität wird zulasten jüngerer Generationen in die Zukunft verschoben. Wir erwarten von der Bundesregierung und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages, sich für ein starkes Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Sektorzielen, eindeutiger Ressortverantwortlichkeit und wirkungsvollen Nachsteuerungs- und Sanktionsmechanismen einzusetzen.

4. Lücke im Verkehrs- und Gebäudesektor mit ambitioniertem Klimaschutzprogramm schließen

Die aktuellen Maßnahmen im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung reichen nicht aus, um die Klimaziele bis 2030 und 2045 zu erreichen. Insbesondere im Verkehrs- und Gebäudesektor bestehen weiterhin große Umsetzungslücken. Wir erwarten von der Bundesregierung ein Klimaschutzprogramm, das die rechtlich verbindlichen Klimaziele einhält. Dringend erforderlich sind hierfür unter anderem:

- Generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen
- Massiver Ausbau von ÖPNV, Schiene, Rad- und Fußverkehr
- Ausrichtung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß und klare steuerliche Begünstigung von kleinen E-Autos gegenüber Verbrennern beim Neuwagenkauf
- Deutliche Steigerung der energetischen Sanierungsrate auf mindestens drei Prozent pro Jahr und gesetzliche Mindestvorgaben für die Effizienz von bestehenden Gebäuden
- Mehr finanzielle Mittel für die kommunale Wärmeplanung und konsequente Dekarbonisierung der Wärmenetze

5. Finanzierung der Transformation: für eine zukunftsfähige Finanz- und Steuerpolitik

Um den ökologischen und sozialen Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen, brauchen wir in den kommenden Jahren enorme öffentliche Investitionen in den Aufbau einer klimaneutralen Infrastruktur und Industrie sowie in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Finanz- und Steuerpolitik strukturell zu verändern, indem sie:

- eine sozial-ökologische Steuerreform umsetzt, die große Vermögen, Einkommen und Erbschaften stärker besteuert und langfristig an der Finanzierung einer klimaneutralen und sozial gerechten Wirtschaft und Gesellschaft beteiligt
- Klimaschutz als Staatsaufgabe in den Kernhaushalt integriert und damit eine weitere Überdehnung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) verhindert
- Anreize für private Kapital- und Finanzflüsse schafft, damit diese zu einem Treiber für eine klimaneutrale und sozial gerechte Wirtschaft und Gesellschaft werden.

6. Klimaschädliche und sozial ungerechte Subventionen abbauen: für eine Reform des Dienstwagenprivilegs

Im Koalitionsvertrag hat die Ampel angekündigt, umwelt- und klimaschädliche Subventionen abzubauen. Bisher fehlt jedoch ein Plan dafür. Mit dem „Tankrabatt“ hat sie das Volumen sogar noch weiter erhöht. Wir fordern die Bundesregierung auf, die rund 65 Mrd. Euro jährlich an umwelt- und klimaschädlichen Subventionen abzubauen. Damit entstehen wichtige Spielräume im aktuellen Haushalt für Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und soziale Sicherheit. Insbesondere fordern wir, das Dienstwagenprivileg so umzubauen, dass vor allem kleine E-Autos gefördert werden und der Steuervorteil für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor abgebaut wird. Das ist industriepolitisch sinnvoll, leistet einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele im Verkehrssektor und führt zu mehr Steuergerechtigkeit.

7. Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgabe(n) verankern

Den Städten und Gemeinden kommt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Klimapolitik und bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu. Derzeit sind die Ressourcen der Kommunen dafür begrenzt. Damit sie ihr volles Potential für den notwendigen Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft ausschöpfen können, sind grundlegende Veränderungen des finanziellen und rechtlichen Rahmens notwendig. Daher fordern wir, Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe(n) im Grundgesetz zu verankern und die Finanzierung langfristig sicherzustellen. Darüber hinaus gilt es, die zivilgesellschaftliche Beteiligung an Entwicklung und Umsetzung des Klimaschutzes auf der kommunalen Ebene zu fördern.

8. Gesundheit, Pflege und Soziales mitdenken

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung für die menschliche Gesundheit. Bereits jetzt führt die Erderhitzung zu mehr Todesfällen und Krankheitslast durch Hitze. Zudem erhöhen Extremwetterereignisse das Risiko für die Ausbreitung von Infektionskrankheiten und Allergien sowie psychische Belastungen – insbesondere für vulnerable Gruppen wie Kinder, Schwangere, Ältere, Vorerkrankte und Menschen, die im Freien arbeiten. Den Gesundheits-, Pflege- und Sozialsektoren kommt die Aufgabe zu, diesen Belastungen und Krankheiten vorzubeugen, sie zu behandeln und die Bevölkerung durch Förderung ihrer Resilienz zu schützen. Die Bundesregierung darf sie damit nicht alleine lassen, sondern muss Pflege, Gesundheit und Soziales bei ihrer Klimapolitik berücksichtigen. So müssen etwa das Klimaanpassungsgesetz und darin enthaltene Maßnahmen so gestaltet sein, dass sie Mehrgewinne für Gesundheitsförderung und -schutz bestmöglich nutzen.

9. Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen

Die EU-Gesetzgebung hat einen großen und wachsenden Einfluss auf den Klimaschutz in Deutschland. Insbesondere der EU Green Deal hat in dieser Legislaturperiode wichtige Weichen gestellt, um Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Deutschland hat wichtige Vorhaben unterstützt, in den letzten Monaten aber auch zunehmend blockiert. Wir erwarten, dass die deutsche Bundesregierung zum Treiber einer ambitionierten und sozial gerechten europäischen Klimapolitik wird.

Wir erwarten von allen demokratischen Parteien, dass sie die Chancen der europäischen Zusammenarbeit betonen und Desinformation in sozialen Medien entschieden bekämpfen. Sie müssen außerdem die Akzeptanz der bereits beschlossenen Maßnahmen auf europäischer Ebene deutlich steigern, etwa durch die Ausrichtung eines Klimagelds noch in dieser Legislaturperiode. So können soziale Härten durch höhere CO₂-Preise im Rahmen des Emissionshandels ETS₂ vermieden und die Akzeptanz dafür in der Gesellschaft gesteigert werden.

**DIE ZEIT FÜR AMBITIONIERTEN UND SOZIAL
GERECHTEN KLIMASCHUTZ IST JETZT.
JETZT IST DIE ZEIT DER UMSETZUNG!**

DIE MITGLIEDER DER KLIMA-ALLIANZ DEUTSCHLAND:



IMPRESSUM

Herausgeberin:
 Klima-Allianz Deutschland e.V.
 Invalidenstraße 35, 10115 Berlin
 Telefon: 030.780 899 512
 info@klima-allianz.de
 www.klima-allianz.de



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
 des Deutschen Bundestages